

«Es geht darum, vorwärts zu schauen»

Beerdigung des Uni-Dreispietz-Campus Die Baselbieter Bildungsdirektorin Monica Gschwind spricht über den Projektstopp des Uni-Campus – und verzichtet darauf, ein klares Bekenntnis zur Universität ab 2030 abzugeben.

Benjamin Wirth

Als Monica Gschwind (FDP) gestern Nachmittag das Telefon abnimmt, ist sie gerade von Termin zu Termin geeilt. Die Baselbieter Bildungsdirektorin hat nur wenig Zeit, was ja durchaus verständlich ist: Sie muss mehreren Medien erklären, warum der Landkanton tags zuvor die Planung für einen Uni-Campus auf dem Dreispitz kurzfristig gestoppt hat, nachdem das Projekt jahrelang vor sich hin dümpelte. In beiden Basel ist die Verwunderung gross, dass die Landschaft ausgerechnet jetzt diesen Entscheid verkündet hat.

Frau Gschwind, auf einmal will Baselland keinen Uni-Campus beim Dreispitz mehr. Was ist passiert?
Wir hätten in den kommenden Wochen beim Landrat einen Planungskredit beantragen und mit der Christoph-Merian-Stiftung (CMS) als Baurechtsgeberin eine verbindliche Absichtserklärung unterschreiben müssen, um das Areal auf dem Dreispitz zu sichern. Darauf haben wir als Baselbieter Regierung nun vorerst verzichtet. Wir finden es falsch, einen solch grossen Campus zu bauen, der massive Folgekosten mit sich bringt, bevor die langfristige Finanzierung der Universität geklärt ist. Zugleich möchte ich festhalten: Wir sprechen hier einzig von einer Sistierung des Projekts.

In der polit-medialen Blase ist man sich hingegen einig: Das Projekt beim Dreispitz ist gestorben.
Eine Sistierung ist eine Sistierung. Das Projekt ist auf Eis gelegt. Uns geht es darum, zuerst die Gespräche mit Basel-Stadt über die weitere gemeinsame Uni-Finanzierung fortzusetzen. Denn ab 2030 stehen bei der Universität andere grosse Bauprojekte an – zum Beispiel im Bereich Physik –, warum wir in der übernächsten Leistungsperiode nochmals einen beachtlichen Kostensprung erwarten. Das hat uns zum jetzigen Marschhalt bewogen.

Diese Fakten waren Ihnen jedoch schon länger bewusst. Dazu geht es dem Kanton Baselland finanziell doch wieder ein bisschen besser, nachdem man entgegen allen Erwartungen eine positive Jahresrechnung präsentiert hat.
Schauen Sie: Auf die Trägerkantone kommen massive Kosten zu. Da ist es uns wichtig, dass wir die Gespräche mit Basel-Stadt vorausschauend führen – gerade wenn wir an die Planungssicherheit für die Universität denken. Sobald die Finanzierung geklärt ist, werden wir entscheiden, wie wir mit dem Dreispitz-Campus weiterfahren werden.

Auch Sie haben sich als Bildungsdirektorin in den letzten Jahren stets dafür eingesetzt, dass die Landschaft ein weiteres universitäres Institut erhält. Ist die Bedeutung der Universität Basel im Baselbiet generell gesunken?
Nochmals: Es ist die Sistierung eines Projekts, nicht mehr und nicht weniger.



Seit 2015 Baselbieter Bildungsdirektorin: FDP-Frau Monica Gschwind. Foto: Lucia Hunziker

Aber Ihnen kann es als Bildungsdirektorin doch nicht gefallen, wenn der Bildungsstandort Baselland geschwächt wird?
Die Sistierung hat keine Auswirkungen auf den Bildungsstandort Baselland. Wir haben nach wie vor ein hochwertiges und vielseitiges Angebot, das möchte ich betonen.

Die Basler Regierung soll sich geweigert haben, den Entscheid am Mittwoch mit Ihnen zusammen zu kommunizieren. Stimmt das?
Wir haben den Kanton Basel-Stadt bereits Ende Februar über unseren Entscheid informiert. Und ja, wir hätten es durchaus begrüsst, wenn wir zusammen an die Öffentlichkeit gegangen wären. Das haben wir an einer gemeinsamen Sitzung beider Regierungen Mitte März mehrfach betont. Wir haben keinen Konsens darüber gefunden, wie und wann wir kommunizieren.

Dass die Landschaft den Entscheid ohne Einbezug der Stadt kommunizierte, lässt aufhorchen.
Wir mussten reagieren. Es standen verbindliche Entscheide an, wie etwa den Abschluss einer Absichtserklärung mit der CMS oder die Eingabe eines Planungskredits an den Landrat. Gegenüber unseren Partnern ist Transparenz äusserst wichtig. Als Investor des Uni-Projekts auf dem Dreispitz haben wir deshalb entschieden, dass wir in diesem Fall leider alleine kommunizieren müssen.

In der Stadt ist man «not amused». Man nimmt den Entscheid «mit Bedauern zur Kenntnis».
Ich kann es verstehen, wenn man unseren Entscheid in der Stadt überraschend zur Kenntnis nimmt. Nur so viel: Der Kanton Baselland steht zur Universität. Die Verhandlungen über die nächste Leistungsperiode 2026 bis 2029 sind fast abgeschlossen. Darüber hinaus ist es der Baselbieter Regierung aber auch wichtig, sich bereits über die Finanzierung ab 2030 intensiv Gedanken zu machen.

Es entsteht der Eindruck, dass der Kanton Baselland seine Verhandlungsposition um die Uni-Finanzierung nochmals neu ausrichtet. Dass er weniger bezahlen möchte.
Es ist die Aufgabe des Regierungsrats, fünf Jahre, zehn Jahre vorzuschauen. Als Bildungsdirektorin muss ich auch darauf achten, wie sich die Kosten bei der Universität entwickeln – und da sehen wir eine massive Kostenentwicklung im Immobilienbereich. Deshalb ist es wichtig, bereits jetzt diese Gespräche zu

«Wir haben ein enges und vertrauensvolles Verhältnis mit Basel-Stadt.»

führen. Kurzfristig kann man auf so etwas nicht reagieren.

Ist diese Sistierung eine implizite Drohung an die Stadt? Möchten Sie Basel damit sagen, dass das Baselbiet zu weiteren solchen Massnahmen bereit ist, sollten die Verhandlungen nicht in seinem Sinne verlaufen?
Wir haben ein enges und vertrauensvolles Verhältnis mit Basel-Stadt. Ich treffe meinen Kollegen Mustafa Atici aktuell alle zwei Wochen. Jetzt geht es darum, vorwärts zu schauen – im Sinne der Universität Basel. Sie soll langfristige Planungssicherheit erhalten. Selbstverständlich haben wir dabei auch die finanziellen Möglichkeiten des Baselbiets immer im Auge.

Welche Ziele verfolgen Sie nun ganz konkret bei den Verhandlungen mit Basel-Stadt über die Uni-Finanzierung?
Das oberste Ziel ist für mich als Bildungsdirektorin, dass wir uns einig darüber werden, wie die Finanzierung ab 2030 aussehen soll, um der Uni Planungssicherheit geben zu können.

Können Sie mit Sicherheit sagen, dass der Kanton Baselland ab 2030 weiterhin an einer gemeinsamen, paritätischen Uni-Partnerschaft interessiert ist?
(zögert) Wir stehen hinter der Universität Basel. So viel kann ich Ihnen heute bestätigen. Darüber, wie es weitergeht, werden wir uns intensiv mit dem Nachbarkanton austauschen.

Ein klares Bekenntnis klingt anders.
(lacht) Ich kann nichts vorwegnehmen.

Die Baselbieter SVP hat ihre Forderung, die gemeinsame Trägerschaft zu beenden, noch nicht ganz aufgegeben, obwohl sie im Landrat damit gescheitert ist. Wie sehen Sie das?
Die SVP hat schon mehrere Vorstösse eingereicht zur Universität. Unsere Antwort lautete immer gleich: Wir haben eine Partnerschaft mit dem Kanton Basel-Stadt und führen die Gespräche darüber in den etablierten Gremien.

Sie betonen immer wieder die angeschlagenen Kantonsfinanzen. Finanzdirektor Anton Lauber präsentierte letzte Woche allerdings einen überraschend positive Jahresrechnung. Und nun kommt dieser Entscheid: Was will die Baselbieter Regierung damit zum Ausdruck bringen?
Wir mussten unseren Partnern jetzt mitteilen, wie es mit dem Uni-Standort Dreispitz weitergeht. Dass dieser Entscheid zeitlich so nahe an der Kommunikation des Jahresergebnisses zu liegen kam, ist reiner Zufall. Zu den Kantonsfinanzen: Wir haben in unserem Finanzplan 393 Millionen Entlastungsmassnahmen festgelegt. Zu meinen, der Kanton wäre mit einem einzelnen guten Jahresergebnis – das mich sehr freut im Übrigen – saniert, ist natürlich falsch.